

Die „Saibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 16 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Saibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. Mai d. J. den Krüsdorfer Archimandriten und Administrator der Karlsruher Diözese Lucian Nicolaevic zum griechisch-orientalischen Bischof in Karstadt, beziehungsweise Plasky, allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Saibach, 22. Mai.

Die Nachricht, daß der engere Reichsrath heuer nicht mehr einberufen werden soll, und daß nach Schluß der Session des Gesamtreichsraths die Landtage berufen würden, wird von kompetenter Seite dementirt. Wir haben ihr von vorn herein keinen Glauben geschenkt, denn in der Thronrede heißt es wörtlich: „Es ist Meine Absicht, sobald die Beendigung Ihrer Aufgaben den Schluß dieser Sitzungsperiode herbeigeführt haben wird, den engeren Reichsrath in seine Wirksamkeit treten zu lassen.“ Auffallend ist, daß der Berliner „Kreuzzeitung“ ebenfalls der Wegfall des engeren Reichsraths berichtet wird. Es läßt sich vermuthen, daß der Ursprung der Nachricht auf reaktionäre Quellen zurückzuführen ist.

Zwischen Oesterreich und Preußen herrscht wieder einige Spannung, Preußen stellt nämlich, nachdem es auf die Annexion verzichtet hat, in Bezug auf Schleswig-Holstein noch immer Forderungen, welche Oesterreich nicht gewähren kann und will, da es dieselben als eine Vernichtung der Selbstständigkeit der Herzogthümer betrachtet; auch die Wahlgesetzfrage gibt zu neuen Differenzen Anlaß, Herr v. Bismarck hat dem österr. Gesandten in Berlin erklärt, eine Umgehung der Stände von 1854 habe er für unmöglich, ebenso wenig könne Preußen die Verpflichtung übernehmen, nur gemeinsam mit Oesterreich auf Grund eines im Voraus festzustellenden Programms mit den Ständen zu verhandeln. Preußen werde sich nicht abhalten lassen, über seine Forderungen mit der Vertretung der Herzogthümer sich zu verständigen. Das klingt so, als sei man in Berlin der Nachgiebigkeit der Stände gewiß, und doch ist wahrlich keine Aussicht vorhanden, daß man seinen Willen durchsetzt.

Die bereits gebrachte Mittheilung, daß die Verhandlungen Begezzi's in Stockung gerathen seien, wird durch das Telegramm, daß Graf Reval die Verhandlungen fortsetzen werde, bestätigt. Graf Reval, ein eifriger Gegner der Cavour'schen Politik, wird nämlich auf durchaus veränderter Basis verhandeln, so daß die Negotiationen einen ganz anderen Charakter erhalten und als neue zu betrachten sind.

Die neuesten New-Yorker Berichte melden, daß Präsident Johnson einen ersten Schritt gethan hat, um Frankreich und England daran zu erinnern, daß die Konföderirten aufzuhören haben, von diesen Mächten als Kriegsführende angesehen zu werden. Französische und englische Schiffe werden in den Häfen der Union nicht mehr geduldet, bis die Anerkennung der den Konföderirten zuerkannten Eigenschaft einer kriegsführenden Macht seitens der Kabinete der Zuiserien und von Saint James erfolgt sein wird. Es liegt auf der Hand, daß Konflikte zur See nunmehr sehr leicht entstehen können, namentlich wenn die wegen dieser Angelegenheit neulich von Palmerston und Russel im Parlamente abgegebenen frivolen Erklärungen bekannt geworden sein werden.

Die New-Yorker Telegramme vom 11. bestätigen auch, daß allenthalben in der Union Bureauz für die Emigration nach Mexiko eröffnet werden. Die Auswanderung über den Rio Grande wird voraussichtlich binnen kurzer Zeit in Massen erfolgen. Was

das für Frankreich zu bedeuten hat, bedarf keiner Erklärung. Die Nachrichten aus Mexiko versprechen höchst interessant zu werden.

Auf außerordentlichem Wege soll in Frankfurt die Nachricht eingetroffen sein, Jefferson Davis sei gefangen worden. Wenn er sich, wie die letzten Nachrichten besagten, wirklich erst in Yorkville (Süd-Carolina) befand, so war vorauszu sehen, daß die Reiter Stoneman's ihn erreichen würden, bevor er über den Mississippi setzen konnte.

66. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 20. Mai.

Auf der Ministerbank: Mensdorff, Schmerling, Rasser, Plener, Hein, Burger, Frank, Sektionschef v. Kalchberg, Sektionschef v. Hoch, Sektionsrath im Handelsministerium v. Parmenier.

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einläufe wird zur Fortsetzung der Debatte über den österreichisch-preussischen Handelsvertrag geschritten.

Abg. Herbst ergreift das Wort zu einer thatsächlichen Verichtigung der gestern von dem Regierungsvertreter angeführten Ziffern des Exports Oesterreichs nach dem Zollverein an Feldfrüchten, welche mit den offiziellen Ausweisen der letzten Jahre seit 1860 nicht übereinstimmen sollen.

Sektionschef Freiherr v. Hoch bemerkt, er habe die betreffenden Ziffern nicht selbst zusammengestellt, sondern diese Zusammenstellung von einem Beamten machen lassen. Die Anführungen Herbst's überzeugen ihn nicht, er werde jedenfalls noch im Laufe der Sitzung in der Lage sein, darüber die verlässlichsten Aufklärungen zu geben und die Ziffern richtig zu stellen.

Abg. Giskra betont eingangs seiner Rede die Wichtigkeit der Verhandlung, welche er weit über die Verhandlung des Budgets stellt. Wenige politische Angelegenheiten hätten diese Tragweite. Er habe den Muth gegen den Vertrag zu sprechen auf die Gefahr hin, zu jenen Egoisten gezählt zu werden, welche im eigenen Interesse gegen den Vertrag sprechen. Nicht weil einzelne Industrien, heißen sie Eisen oder Glas, unter dem Vertrage leiden können, sondern weil er den ganzen wirtschaftlichen Organismus des Staates gefährdet sieht, spreche er für die Verwerfung des Vertrages. Wäre die Frage eine politische oder eine Frage des Fortschrittes, dann wäre nicht jene Zersplitterung der Opposition eingetreten, wie sie sich kundgibt. Die ganze Frage sei nur eine Interessenfrage und in seinen Ausläufern die Frage der gesamten Staatsinteressen, der Wohlfahrt, der Gerechtigkeit. Der Vertrag sei die Inaugurierung eines neuen wirtschaftlichen Systems und präjudizire dem Tarife. Wenn es auch freistünde, anderen Staaten gegenüber Differenzialzölle aufzustellen, so habe doch ein Regierungsvertreter im Ausschusse erklärt, daß die Regierung gesonnen sei, die Sätze des Vertrages auch auf andere Staaten ausdehnen zu wollen. Redner bespricht die prinzipielle Seite der Frage, ob Schutz, ob Freihandel. Zur Stunde habe gar kein Staat die Grundsätze des Freihandels vollkommen bei sich eingeführt. Andere Staaten haben erst, wenn die heimische Industrie so stark war, daß sie nicht nothwendig hatte, in der Defensive zu bleiben, sondern in die Offensive übergehen konnte, ihre Schranken fallen lassen. Nur die Wohlfahrt eines Landes schaffe Kraft und Produktionsfähigkeit, Zivilisation und Humanität. Aber Staaten rein agrarischer Natur erreichen diese Ziele nicht. Die Agrikultur wisse es, um wie viel ihre Ergebnisse im Werthe gestiegen, seit die Industrie fortgeschritten. Er weist auf Zuckerrübe, Delsaat, Schafwolle zc. hin, welche im Lande verarbeitet werden. England habe die Patentsteuer, welche den einzelnen Industriellen zu schützen im

Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile ober den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Stande ist, Frankreich habe für gewisse Industrien Prohibition. Preußen habe durch Prohibitionen sich eine Industrie geschaffen, indem es dem Beispiele Englands und Frankreichs folgte.

Redner vergleicht die Industrie mit dem Kinde, das man schützen muß, erst der Mann kann dem Kampfe des Lebens preisgegeben werden, wer das hilflose Kind preisgibt, den ziehe das Gesetz zur Rechenschaft. In eine Betrachtung der Schaffwollindustrie übergehend, welche namentlich in der Stadt florire, die er vertrete (Bravo), sagt Redner, sie habe dort jene Vollkommenheit erreicht, die es ihr möglich macht, mit der ganzen Welt zu konkurriren. Sie erstarkte durch den Schutz, den ihr das Agio gewährte, so daß sie heute wirklich den Schutz nicht bedarf; ein ähnliches Verhältniß herrsche bei der Zuckerindustrie, welche auch mit der ganzen Welt werde konkurriren können, wenn man sie nicht vorzeitig ruiniert. Andererseits sei die Seidenindustrie durch ein falsches Zollsystem zu Grunde gerichtet worden. Seit 1853 habe sich die Zahl der Fabriken, der Arbeiter und der Löhne dieser Industriezweige bedeutend verringert. Dieß zeige, daß bei solchen Fragen Prinzipien nicht entscheiden können. Das kleine Währen liefere nach Deckung seiner Verwaltungskosten einen Ueberschuß von 13 Millionen an den Staat, es bedürfe, es brauche keine Zuschüsse zu seinem Grundentlastungsfond, vielmehr ist dieser ein mehrfacher Gläubiger des Staates. Das ist ein Ländchen, wo die Industrie blüht, hingegen sind die reinen Agrikulturländer meist passiv, er mache ihnen keinen Vorwurf daraus, sondern konstatiere die Thatsache. Er verwahre sich dagegen, für einen Hochschutzzöllner gehalten zu werden, verlange aber, daß die Industrie jenen Schutz erhalte, der zu ihrer Existenz nothwendig ist. Auch er ist von der Nothwendigkeit einer Zollreform überzeugt, aber deshalb müsse man die Verhandlung des Vertrages nicht überstürzen. Die Ratifikationsfrist werde jedenfalls ablaufen und verlängert werden müssen. Der Abg. Michaelis in Berlin warte mit der Vorlage seines Berichtes über den Vertrag, bis das österreichische Abgeordnetenhaus sich ausgesprochen, und wie er aus Berliner offiziellen Berichten entnehme, werde dort auch im Laufe der nächsten Woche der Vertrag nicht auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses kommen. Redner wendet sich gegen jene, welche sagen, man müsse die große Menge von Konsumenten gegen das kleine Häuflein von Produzenten schützen und fragt, ob es besser sei, daß Jemand, der drei Baumwollhemden jährlich kauft, 18 kr. erspare und daß dagegen die Baumwollindustrie zu Grunde gerichtet werde, welche so große Summen dem Staate zahlt und eine so große Zahl von Arbeitern beschäftigt. Ähnliches führt Redner von deren Industriezweigen an und fragt, wer denn positiv sage, dieser oder jener Satz des Vertrages werde diese oder jene Konsequenz haben? Bei vielen minder wichtigen Fragen habe man Enquêtes zusammenberufen, um gründlich die betreffenden Fragen zu erörtern, nur als es sich um eine wirtschaftliche Umwälzung handelte, war man gegen die Vernehmung von Sachverständigen. Gegen die Ausführungen des Regierungsvertreters polemisirend, sagt Redner, die von ihm erwähnte Herabsetzung des Zolles für Wein von 6 Thaler auf 4 sei keine Begünstigung, da erfahrene Weinproduzenten versichern, 4 Thaler sei für sie ebensogut Prohibition wie 6 Thaler. In der weiteren Kritik des Vertrages stimmt Redner in seinen Ansichten mit denen des Dr. Herbst vollkommen überein, namentlich was die Grenzverkehrsvereinfachungen betrifft, er wisse dem Regierungsvertreter übrigens Dank dafür, daß er die Ansicht Herbst's, die Grenzverkehrsvereinfachung stehe mit dem Vertrag in keinem Kausalzusammenhange, bestätigte. Sie würden fortbestehen, wenn auch der Vertrag nicht zu Stande kommt. In breiter Ausführung sucht Redner den

Beweis zu führen, daß das Appreturverfahren dem Staate keine Vortheile, sondern vielmehr eine Menge Nachtheile bringe und wesentlich die Zollkassen beschädige. Das Appreturverfahren sei nichts, als eine legale Form für den Schmuggel. — Was das Zollcartel betrifft, liest Redner eine Aeußerung des Baron Hock in der „Oesterreichischen Revue“ vor, wo dieser selbst sagt, der ausgebildete Rechtsinn der Staaten verlange und bringe es mit sich, daß Staaten, welche auch keine Zolleinigung anzustreben im Sinne haben, solche Zollcartelle abschließen. Den Artikel XXV hält Redner für bedeutungslos und für einen Röder, um den Vertrag in dem Abgeordnetenhaus durchzubringen. Redner sieht in Folge der Annahme des Vertrages nur Ruinen von Fabriken und leere Steuerkassen.

Abg. Pummerer: Seit dem Februarvertrag vom Jahre 1853 habe die Industrie einen bedeutenden Aufschwung genommen, das zeige, daß das Verlassen des Schutzzollsystems auf die Industrie keinen so nachtheiligen Einfluß genommen haben müsse, als man glauben machen will, vielmehr sehe man, daß dies auf die Industrie wohlthätig und belebend wirkte. Man sehe sich nur ein wenig in Wien um und betrachte die Neubauten der Industriellen, man werde da Häuser von Metall, Eisen, Zucker, Zündholz, Glas u. s. w. finden. (Große Heiterkeit.) Das spreche aber nicht für den Ruin der Industrie. An der Hand statistischer Daten weist Redner nach, daß seit 1853 der Export in allen Erzeugnissen bedeutend zugenommen hat. Im Jahre 1863 habe der Export den Import bereits um 149 Millionen überstiegen. Nur bei Kolonialwaaren, Südfrüchten, Tabak, Thieren, fette Oele, Arzneien, Garnen zc. habe der Import den Export um beiläufig 78 Millionen übertroffen. Daran zeige sich, daß nur bei Rohstoffen und Halbfabrikaten der Import größer sei als der Export, er könne daher die Besorgnisse der Industrie nicht theilen, da die Erfahrung überdies gelehrt hat, daß bei jeder Zolländerung die Angst und das Lamento überlaut werde. Es freue ihn, daß ein Kollega, ein Industrieller, gestern die Industrie mit einem jungen Manne verglichen hatte, daß ein Industrieller selbst das Wort ergriff, um der ewigen Selbstverkleinerung unserer Industrie entgegenzutreten. Er stimme für den Vertrag, weil in demselben ein entschiedener Fortschritt gegenüber dem Februarvertrage ist und weil dadurch den Gelüsten nach höheren Schutzzöllen für immer ein Niegel vorgeschoben werde. (Bravo! — Schluß der Debatte wird angetragen und angenommen.)

Die Sitzung wird zum Behufe der Wahl von Generalrednern unterbrochen. (Als Redner waren noch eingeschrieben. Gegen den Vertrag: Toman, Berger, Ingram, Steffens, Bachofen, Riese-Stallburg, Froschauer, Menke, Ryger; für den Vertrag: Eugen Kinsky, Reichbauer, Brinz, Mühlfeld, Pantraz, Janisch.)

Als Generalredner wurden gewählt gegen den Vertrag Abg. Ryger, für denselben Abg. Eugen Kinsky.

Abg. Ryger bekennt sich im Prinzip als Freihändler, benützt die Gelegenheit zu einer theoretischen Abhandlung über Schutzzoll, Freihandel, Finanzzoll zc. und fragt, ob der vorgelegte Zolltarifentwurf und der Vertrag zu unseren Kapital- und Steuerverhältnissen passe? Bei der großen Unklarheit der Sache könne Niemand mit Bestimmtheit ein Votum abgeben, und wer für den Vertrag stimmt, gebe der Regierung damit ein Vertrauensvotum. Er habe von seinem Standpunkte das vollste Vertrauen zur Regierung, aber Ziffersachen können nicht leicht Sache des Vertrauens sein, da sei die Arithmetik maßgebend. Redner weist darauf hin, daß die Einberufung der transleithanischen Landtage bevorstehe, man sollte diese abwarten, bevor man überhaupt an eine Zollreform gehe. Den großen Export während der letzten Jahre findet Redner allein in dem hohen Agio begründet und fürchtet, mit dem Schwinden desselben auch den Ruin des Exports. Die Vortheile, welche der Vertrag den Konsumenten bieten soll, sei nicht klar geworden, und auch deshalb sei es bedenklich ohne weiters den Vertrag anzunehmen. Die politische Seite der Frage beleuchtend, nennt Redner den Vertrag einen Judaspfennig von Seite Preußens; er ziehe die Politik der freien Hand vor. Oesterreich sei groß genug, um ein selbstständiges Zollsystem festzuhalten und selbst seinen Zolltarif festzusetzen. Er befürwortet die Annahme des Antrags Winterstein.

Sektionschef Freiherr v. Hock ergreift das Wort, um Aufklärungen über die von Herbst Anfangs der Sitzung gemachte Berichtigung zu geben. Die Differenz zwischen seinen Angaben und denen des Abg. Herbst rühre daher, daß er seine Angaben über den Import in den Zollverein dem Ausweise des Zollvereins entnommen habe, während Dr. Herbst seine Ziffer dem österreichischen Ausweise entnahm. Daß diese nicht vollkommen stimmen sei selbstverständlich; er sei übrigens bereit, diese authentischen Ausweise auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Er benütze übrigens die Gelegenheit, um dem Hause mitzutheilen, daß, da die Debatte ihm gegenüber eine sehr persönliche Wendung genommen, er den Finanzminister er-

sucht habe, die Vertretung des Vertrags weiter zu führen. Was die persönlichen Angriffe betrifft, so wolle er sich eines Vergleiches bedienen. Zu einem Gelehrten, der in seinen Studien vertieft war, kam jemand, der für Arme sammelte. Der Gelehrte gab ihm eine Ohrfeige. „Das ist für mich“, sagte der Sammler, „was ist für meine Armen?“ — Der Sammler bin ich, der Arme ist Oesterreich und seine Wohlfahrt.

Präsident: Es ist von Sr. Excellenz angegeben worden, daß die persönlichen Angriffe denselben veranlassen, das Wort nicht weiter zu nehmen. Ich kann das nur lebhaft bedauern und bedauere ebenso, daß ich endlich das Schweigen brechen und die Erklärung auf das Bestimmteste abgeben muß, daß die Art, in welcher so häufig die Verhandlung einen persönlichen Charakter annimmt, wenn sie sich auch dem direkten Ordnungsruf entzieht, höchst bedauerlich ist, und die Wirkung für die Verhandlungen des hohen Hauses nach allen Seiten hin gewiß keine günstige sein kann, daß ich nun auf das Entschiedenste denn Wunsch ausspreche, man möchte sich streng an die Sache und ferne von den Personen halten. (Bravo, sehr gut!)

Abg. Eugen Kinsky (Generalredner für die Annahme) bemerkt, die Aufgabe des Abgeordneten könne nicht darin bestehen, ein partikulares Interesse zu vertreten, er bemerke dieß gegenüber den Wählern. Der Abgeordnete vertrete nur Reichsinteressen, nur von diesem Standpunkte dürfe sein Votum fallen. (Bravo!) Es handle sich gegenwärtig nicht um Industrielle und Grundbesitzer als Gegensatz, es handle sich nur um den Gegensatz zwischen protegirter und nicht protegirter Produktion. Den Beweis dafür finde man darin, daß auch Grundbesitzer auf Seite des höheren Schutzes stehen. Das Verhältniß zwischen protegirter und nicht protegirter Produktion sei nichts als das Verhältniß der Verzehrungssteuer. Darin bestehe wesentlich der Schutz. Die Produktion bestehe in der Erhöhung des Preises der betreffenden Artikel. Er wolle nicht sagen, man solle der Industrie den mäßigen Schutz, den sie genießt, heute auf einmal entziehen, davon sei aber auch in dem Vertrage nicht die Rede. Dieser sei nur die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes, und er müsse dem Redner widersprechen, der in demselben eine Wendung gesehen hat, eine Wendung liege vielmehr in der Nichtannahme, denn es sei Jedem klar, daß mit der Ablehnung des Vertrages auch die Erhöhung des Zolles gegeben sei. (Sehr richtig!) Man denke sich nun die Folgen davon auf die unprotegirte Produktion, und da müsse er betonen, wenn man der Gesamtreichsrath sein wolle, müsse man auch die Interessen Derjenigen vertreten, die nicht anwesend sind. (Sehr richtig!) Man sagte, wir können den Tarif autonom verfassen, das wäre nur möglich, wenn die ganze Welt Freihändler und nur wir im Zustande der chinesischen Mauer wären; die Autonomie könnte selbstverständlich auch dann nur im Abtragen der chinesischen Mauer bestehen. So aber müssen wir Verträge schließen, weil die ganze Welt uns noch Zollnachlässe zu bieten hat. Der Berichterstatter der Minorität sagte, man dürfe jetzt nichts ändern, weil die Industrie darniederliegt. Das sei wohl wahr, aber dieselben Verhältnisse wirken auch auf die ganze unprotegirte Produktion, und da dieser Theil der Produktion der unendlich größere ist, scheine ihm das Argument auch nicht stichhaltig. (Sehr gut!) Daß die Industrie den ihr gewährten Schutz vermehren will, sei in der Natur des Menschen begründet. Gut ist gut, aber besser ist besser. (Heiterkeit.) Aber wenn die erste Aufregung vorüber sein werde, werde sich zeigen, daß der Streit zwischen den Parteien wohl kein so hitziger sei als zwischen den Anwälten. (Heiterkeit, sehr gut!)

Man habe der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie alle Freiheiten verweigere, nur die Handelsfreiheit wolle sie geben. Wenn die Bevölkerung sich für alle Freiheiten für reif hält, warum sie sich gerade nicht für befähigt hält frei zu verkaufen, frei zu schmieden, frei zu weben. (Heiterkeit.) Man habe darauf hingewiesen, daß England im vorigen Jahre mit 620 Millionen passiv geblieben sei, trotzdem sei dem dortigen Finanzminister der, wenn auch erfreuliche Rechnungsfehler unterlaufen, die Steuern, welche direkt das Wachsthum des Wohlstandes beweisen um 38 Mill. zu niedrig anzuschlagen. (Sehr gut!) Man hat Amerika angeführt, welches Schutzzölle habe, dort betragen aber die Zölle nach dem letzten Ausweise $\frac{1}{10}$ des gesamten Einkommens und ein Zoll, der so hoch sei, sei eben kein Schutzzoll mehr, sondern ein Finanzzoll. Was den Vertrag selbst anbelangt, so habe man gänzlich unterlassen zu beweisen, welches die Vortheile der Ablehnung sind. (Sehr gut!) mit Ausnahme eines Abgeordneten aus Steiermark, welcher sagte, die Folge werde eine Erhöhung der Zölle sein. Darin liege allerdings die Wendung und Umkehr, welche die Gegner wünschen. (Heiterkeit.)

Auf das politische Gebiet übergehend bemerkt Redner, es stehe fest, daß für Oesterreich die Sympathien Deutschlands — er, der Slave, sage es —

(Heiterkeit) vom höchsten Werthe sind. Diese Sympathien würden wir uns aber namentlich in Süddeutschland verschmerzen, wenn wir auch dieses letzte Pförtlein den Süddeutschen vor der Nase zuschlagen. Er bemerke da, daß das Haus die Politik der Regierung Deutschland gegenüber nicht entsprechend gefunden habe und daß ein ungeheurer Unterschied darin liege, ob bloß die Regierung oder die Volksvertretung es ist, welches dieses Geschäft macht. (Sehr gut!) Wenn auch unser Verhältniß zu Preußen nicht das einer vollständigen Harmonie ist, so liege doch kein Grund vor, es noch schlechter zu machen, das würde aber darin liegen, wenn man den Vertrag ablehnt. Die Entwicklung des volkswirtschaftlichen Lebens würde uns übrigens auch in Preußen Sympathien verschaffen, welche mit der Zeit das Verhältniß bessern können. Er halte die Annahme für einen Schritt auf die richtige Bahn.

Redner verliest hierauf eine Stelle aus einem Berichte der Wiener Handelskammer über das Appreturverfahren, in welchem gesagt wird, erst seit dem Februarvertrag seien unsere Druckfabriken aufgeblüht und hätten sich vervollkommen. Auch der Konsum hätte sich seit der Zeit vermehrt und auf das Ansuchen hinter dem Februarvertrag, der das Appreturverfahren gestattet, zurückzugehen, sei nicht motivirt. (Hört!) Der Vertrag enthalte noch mehrere Vortheile. Er verweise auf die Glasindustrie, diese ist in Oesterreich sehr bedeutend, und wenn der Vertrag nicht angenommen wird, so werde der Zoll auf seine Glaswaaren, welche ein Hauptartikel unseres Exportes sind, um 50 pCt. erhöht werden. An dieser Industrie zeige sich, wie eine Industrie die andere unterstützt, wenn ihnen die freie Bewegung gestattet ist. (Sehr gut!) So habe im Jahre 1862 die Ausfuhr an Glaswaaren nahezu die Hälfte der gesamten Baumwollwaaren bezahlt, die unsere Industrie verarbeitet hat. Er könne nur damit schließen, daß er die Annahme des Vertrages auf das Wärmste empfehle. (Beifall.)

(Schluß folgt.)

Ausland.

Köln, 19. Mai. Die „Köln. Ztg.“ veröffentlicht eine Analyse der Herrn v. Bismarck überreichten Denkschrift des Erbprinzen v. Augustenburg. Die Denkschrift datirt vom 31. März. Die preussischen Forderungen, insofern sie die Errichtung von Rendsburg als Bundesfestung, Territorial-Abtretungen längs des Nord-Deise-Kanals und den Beitritt zum Zollverein betreffen, werden für annehmbar, die Forderungen in Betreff der Verschmelzung von Post- und Telegraphenwesen werden für unannehmbar erklärt. Das Land sei hinsichtlich der Truppenverlegung außerhalb des Landes und des dem Könige von Preußen zu leistenden Fahnenweides unverfügblich; indeß sei unter Umständen das Prinzip der von Preußen mit Koburg abgeschlossenen Militär-Konvention immerhin auch auf die Herzogthümer anwendbar. Die Verschmelzung der maritimen Kräfte betrachte der Herzog als für beide Theile nutzbringend. Bezüglich des Zollvereins und Verkehrsweises sei eine finanzielle Benachtheiligung der Herzogthümer abzuwehren, die Kriegskosten zu ermäßigen. Die definitive Ordnung der Frage der Herzogthümer durch die Regierungen Uebnahme seitens des Erbprinzen sei selbstverständliche Grundbedingung, denn keine Landesvertretung werde das Provisorium in der neuen Phase anerkennen. Schließlich bedauert die Denkschrift die fehlende Einigkeit der Großmächte; der Erbprinz wolle übrigens die Interessen Preußens aufrichtig garantiren.

Nach Berichten aus Turin herrscht in Italien eine ungeheure Regsamkeit bei allen Parteien. Der Gesundheitszustand des Königs, sowie jener des Kronprinzen soll zu Besorgnissen Anlaß geben.

Paris, 18. Mai. Die beschleunigte Rückkehr des Kaisers aus Algier hat nicht so sehr in der politischen Krise ihren Grund, die durch die Arbeitsstellungen der verschiedensten Gewerbe hervorgerufen wird, als in den Nachrichten, die aus Mexiko herüber kommen. Letztere sind zwar noch nicht ihrem vollen Inhalte nach bekannt, aber was darüber verlautet, reicht hin, um zu alarmiren. Wie es heißt, ist bereits ein Staatsrath mit wichtigen Depeschen des Marschalls Bazaine an den Kaiser nach Iran abgegangen, und in dem Kriegsministerium werden Vorbereitungen getroffen, um größere Truppenmassen nach Amerika abgehen lassen zu können.

Aus London, 15. Mai, schreibt man der „N. Fr. Pr.“: Immer enger schließt sich die Kette des Beweises, welcher das Mordkomplott auf die in Canada befindlichen Agenten der ehemaligen Rebellen-Regierung und auf Richmond selbst zurückführt. Am verflossenen Samstag traf hier auf außergewöhnlichem Wege die Nachricht ein, die Washingtoner Behörden hätten Evidenz für die Komplizität von Jefferson Davis und Konferten erlangt, und es sei beabsichtigt, auf die Einfangung dieser Häupter des Aufstandes

einen Preis zu setzen, wie es gegenüber dem Mörder Booth geschehen war.

Die heute angelangten weiteren Mittheilungen aus Amerika enthalten nun mancherlei überraschende Enthüllungen. Aus den bisher angestellten Nachforschungen hat sich, wie der gewöhnlich gut informirte „Washington Republican“ sagt, klar ergeben, und der vollkommene Beweis dafür wird in dem offiziellen Bericht geliefert werden, daß die Booth'sche Verschwörung allerdings ihre Verzweigungen nach Montreal und nach der Hauptstadt von Virginien hin hatte. Der ursprüngliche Plan scheint der einer Entführung des Präsidenten und der anderen hervorragenden Mitglieder der Regierung gewesen zu sein; für den Nothfall war jedoch auch damals schon die Ermordung festgesetzt. Lincoln, der damalige Vizepräsident Hamlin, General Grant, der Sprecher des Repräsentantenhauses u. s. w. u. s. w., waren Alle zur Abfangung oder Hinschlachtung angesetzt. Die Verschwörer waren dabei mit einer umfassenden Klugheit und zugleich mit einer Teufelei zu Werke gegangen, wie man sie sonst nur in Schauerromanen geschildert findet. So unglaublich es scheint, so ist es, den oben erwähnten Angaben zufolge, doch vollkommen wahr, daß in der Stadt Washington selbst bereits ein Haus aufgefunden wurde, in dessen Kellerräumen man ein förmliches Gefängniß, mit dickstem Mauerwerk, eingerichtet fand — ein Gefängniß, in welchem auch Ketten, Handschellen, kurz alle Erfordernisse eines Kerfers nicht fehlen. Dieser unterirdische, noch dazu minierte Raum, der jeden Augenblick in die Luft gesprengt werden konnte, war allen Anzeichen nach dazu bestimmt, im Falle der Noth die heimlich überfallenen, gefesselten und weggeführten Regierungsmitglieder zu beherbergen, bis zu dem Augenblick, wo man sie „nach dem Süden hinunter“ schaffen konnte! Die Eigenthümerin des Hauses ist eine gewisse Mrs. Greene. . . Und man vermuthet, daß es in Washington noch mehr solcher Häuser gebe! . . . Dahin war die Chevalerie der Sklavenhalter-Partei gekommen, daß sie heimliche Verließe für ihre politischen Gegner hatte errichten lassen.

Die grauenvoll dramatische Artstilk, mit welcher dieß Komplot in allen seinen Einzelheiten angelegt war, ergibt sich unter Anderem aus dem jetzt erwiesenen Umstand, daß etwa eine Viertelstunde vor der Hinschlachtung Lincoln's eine Stimme im Theater gehört wurde, die mit vernehmlichem Tone sagte: „Neun Uhr fünfundvierzig Minuten!“ Dieß Wort wurde weitergetragen, und es entstand eine Bewegung. „Neun Uhr fünfzig Minuten!“ sagte eine Stimme bald nachher, und wieder ging das Wort weiter. Wenige Augenblicke darauf ertönte ein Schuß — der Mörder sprang auf die Bühne, schwang das Messer unter dem Ruf: „Sie semper tyrannis!“ und verschwand hinter den Coullissen. . . Festgestellt ist jetzt auch, daß die Coullissen, durch welche Booth zum Ausgang gelangte, wo er sein Pferd bestieg, an jenem Abend so arrangirt waren, daß er leicht hinausgehen konnte, während sonst auf jener Seite die Bühnenwände so ineinander verschoben sind, daß sie kaum einen Durchgang gestatten.

Fünfzehn Minuten nach der Mordthat im Ford'schen Theater fand man alle Telegraphendrähte um Washington durchschnitten! Ein einziger, nur der Regierung zur Verfügung stehender geheimer Draht blieb unversehrt, mit Hilfe dieses konnte die Nachricht nach den Forts in der Nähe von Washington telegraphirt werden. Mit einem Worte, die Vorbereitungen waren so komplet, als sie nur sein konnten. Auch wäre Booth selbst ohne Zweifel nach dem Süden entkommen, wenn er nicht durch Zufall sich mit dem Sporn in die vor der Präsidenten-Loge hängende Unionsflagge, in das Symbol der Freiheit, verwickelt und durch den Sturz den Fuß verletzt hätte, was ihn auf der Flucht zum Anhalten zwang.

Bukarest, 19. Mai. Ein Bericht des Finanzministers an den Ministerkonseil stellt das Deficit für das vergangene Jahr mit 28 Millionen, für das laufende Jahr mit 21 Millionen heraus.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 23. Mai.

Die Vorbereitungen für die am 30. d. M. hier stattfindende Fahnenweihe des Regiments von Gersiner Nr. 8 sind bereits im Gange; die Feierlichkeit findet auf dem Plage vor der St. Peters-Kaserne statt. — Vielen Lesern dürfte die Mittheilung interessant sein, daß die ruhmreiche Geschichte des Regiments bis in die Zeiten des dreißigjährigen Krieges zurückreicht, indem es mit Kaiser Ferdinands II. Genehmigung vom 30. März 1630 nach Wallensteins Weisung vom Grafen Heinrich von Holk errichtet wurde und unter diesem im Wallensteins Heere die blutigen Vorberu jenes Krieges sich errang. Schiller, der in seinem „Wallensteins Lager“ zwei Jäger des Holk-

schen Regiments auftreten läßt, legt ihnen Worte in den Mund, welche den damaligen Geist des tapferen Regiments bezeichnen. Und der Geist der Tapferkeit ist stets derselbe geblieben.

— Die Gemälde-Ausstellung in den Casino-Lokalitäten wird, wie uns mitgetheilt wird, um mehrere aus Graz nachgeschickte Bilder vermehrt werden. Gestern haben ungefähr 60 Personen die Ausstellung besucht.

— Die nächsten Sonntag stattfindende Sängerfahrt des Männerchors der philharm. Gesellschaft dürfte eine recht interessante werden. Abfahrt und Rückkehr geschehen mit dem gemischten Zuge; viele Mitglieder des Vereins haben schon ihre Theilnahme zugesagt, so daß es eine ziemlich große Gesellschaft von Herren und Damen sein wird, die in Littai und auf dem romantisch gelegenen Wagensberg einen Tag Sommerfrische genießen wird.

— Der Männergesangsverein in Gottschee veranstaltet Donnerstag den 25. d. M. eine Sängerfahrt auf den Ortenegger Berg; Beweis dafür, wie rasch und gedeihlich der neugegründete Verein sich entwickelt hat.

— Aus Heiligenblut, 20. Mai, wird geschrieben: Vor einigen Tagen wurde im Großglockner Forste von einem Jäger ein junger Mann in einem wahrhaft bejammernswerthen Zustande aufgefunden. Derselbe war ein Tourist Namens August Bettin, Sohn eines Hofrathes in Berlin, welcher vor ungefähr acht Tagen den Großglockner ohne Führer bestiegen wollte. In der Nähe einer Holzhauerhütte stürzte er von einem Felsen herab, brach sich den rechten Fuß und blieb, nach seiner Aussage, bis gegen Abend bewusstlos liegen, worauf er sich unter unfähigen Schmerzen in die erwähnte Hütte schleppete. Dort brachte der junge Mann, durch Schnee vor dem Verdursten gesichert, ohne die geringste Nahrung volle sechs Tage zu, und war bereits dem Tode nahe, als er durch einen glücklichen Zufall von dem erwähnten Jäger gefunden und auf dessen Veranlassung hier nach Heiligenblut übertragen wurde. Freitag ist dessen Vater auf telegraphischem Wege aus Berlin dahin gerufen worden, an seinem Aufkommen wird jedoch gezweifelt.

(Theater.) Die gestrige Aufführung des Fingereisen'schen Stückes „Plan und Zufall“ hat die Erwartungen des Publikums unbefriedigt gelassen; einmal, weil das Stück sich als kein besonders interessantes zeigte, in welchem nur einzelne Szenen durch eine ziemlich gute Darstellung wirkten; dann weil Fräulein Galmeyer in einer gar zu unbedeutenden Rolle beschäftigt war und auch diese wegen Unwohlsein nicht mit der ihr eigenen Verve geben konnte. Dennoch zuckte sie und da ein ironischer oder frivoler Blick durch, der auch sogleich zündete und das Publikum in die größte Heiterkeit versetzte. Die Mitwirkenden gaben sich alle Mühe, ihre Rollen zufriedenstellend durchzuführen und das Stück zu retten, was auch anerkannt wurde. — Heute ist keine Vorstellung; morgen kommt endlich „die leichte Person“ zur Aufführung, und da dieß die Partie ist, in welcher Fräulein Galmeyer ihr ganzes originelles Talent zu entfalten weiß, in welcher sie die größten Triumphe gefeiert hat, so versprechen wir uns einen sehr amüsanten Abend.

Wiener Nachrichten.

Wien, 22. Mai.

Se. Majestät der Kaiser haben der unter Allerhöchstem Protektorate stehenden ungarischen Akademie der Wissenschaften einen Beitrag von fünfzehntausend Gulden aus der Allerhöchsten Privatkasse zu Händen des Präsidenten Grafen Emil Dessewffy erfolgen zu lassen geruht.

— Se. Maj. der Kaiser Ferdinand haben zu dem beabsichtigten Vergrößerungsbau des Museumgebäudes zu Innsbruck einen Beitrag von 2000 fl. zu widmen geruht.

— Seit den letzten Siegesnachrichten der Unions-truppen hat sich die Zahl der Reisenden und Auswanderer aus Europa nach New-York und andern nordamerikanischen Hafenplätzen in ungewöhnlicher Weise vermehrt. Aus Hamburg, Bremen, Havre, Liverpool und Plymouth sind Briefe und Telegramme eingelangt, daß alle Plätze auf den Dampfbooten auf Wochen hinaus bestellt sind und keine Passagiere für die regelmäßigen Fahrten, besonders auf den billigeren Plätzen, aufgenommen werden können. In Hamburg und Bremen werden Extrafahrten einiger Dampfer arrangirt, um den Nachfragen zu entsprechen. Die Segelschiffe sind in ähnlichem Maße in Anspruch genommen. Auch Oesterreich liefert ein sehr starkes Kontingent zu diesen transatlantischen Ueberseefahrten, und bemerkenswerther Weise befinden sich darunter viele israelitische Familien.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 23. Mai. Das Herrenhaus beginnt Mittwoch mit der Budgetberathung pro 1865.

Nach einer Pariser Depesche aus Moskaganem vom 21. d. M. kehrt der Kaiser am 22. d. M. nach Algier zurück. Das Gerücht von einem Attentate ist gänzlich unbegründet.

Dresden, 21. Mai. (W. Ch.) Die Mittelstaaten verhandeln mit Oesterreich über den neuen am Bunde zu stellenden Antrag. Im Falle der Zustimmung Oesterreichs wird er unmittelbar nach Pfingsten in außerordentlicher Bundesversammlung eingebracht.

Berlin, 21. Mai. (W. Ch.) Preussische Antwort geht nächster Tage ab. Sie konstatirt die Bereitwilligkeit zur gedeihlichen Lösung der Herzogthümer-Frage, beharrt aber auf der Forderung, selbstständig mit den Ständen zu verhandeln.

Florenz, 20. Mai. (W. Ch.) Rattazzi wurde heute vom Könige Viktor Emanuel empfangen. Sein Eintritt in das Kabinet wird als gewiß betrachtet. Stella und Panza haben ihre Demission eingereicht. Gerüchweise spricht man von nahe bevorstehenden Verhandlungen zwischen Italien und Oesterreich.

Paris, 21. Mai. (W. Ch.) Der zwischen Rom und Italien projektirte Vertrag besteht aus 2 Theilen und 8 Punkten. Ersterer bespricht in 6 Punkten kirchliche Fragen, zweiter handelt von der September-Konvention. Ueber letzteren schweben noch Unterhandlungen. Sollten sie keinen Erfolg haben, so ist hier Ministerwechsel wahrscheinlich.

Paris, 21. Mai. (W. Ch.) Gerüchte über ein gegen den Kaiser in Oran gerichtetes Attentat wurden in Depeschen an alle Gesandtschaften als gänzlich unbegründet bezeichnet.

Paris, 21. Mai. Der „Abend-Moniteur“ und die „Patrie“ sprechen gegen die durch die letzten amerikanischen Nachrichten veranlaßten Besorgnisse. Die Regierung werde nicht zugeben, daß die Abenteurer ein unter französischem Schutze stehendes Land angreifen. Die erregten Befürchtungen werden zweifellos durch die Intervention eines neuen französischen Vertrages in Washington zerstreut werden. Der Kaiser befindet sich wohl. Man kündigt seine Rückreise nach Toulon für das Ende des Monats an.

Paris, 21. Mai. (N. Fr. Pr.) Die Patrie schreibt: Die kaiserliche Regierung wird niemals gestatten, daß ein von der Fahne Frankreichs geschütztes Land (Mexiko) angegriffen wird. Der Admiral Didolet wird sich nach Amerika begeben und die Unternehmungen der Nachfolger Waller's verhindern.

Brüssel, 20. Mai. (W. Ch.) Der König leidet an der Herzerweiterung. Demnächst findet hier ein Familienrath statt, dem die Mitglieder der Familien Orleans und Coburg beizubohnen werden.

Brüssel, 20. Mai. Der Antrag des Abgeordneten Orts, den Kriegsminister Chazal und dessen Mitangeklagte dem Kassationshofe zu überweisen und die Diskussion des Gesetzes vorzubehalten, wurde durch die Vorfrage mit 47 gegen 38 Stimmen erledigt.

Brüssel, 21. Mai. (N. Fr. Pr.) Pariser Berichte melden: Das Gerücht, der Kaiser von Mexiko wäre durch zwei Dolchstiche verwundet worden, wird als durchaus unwahrscheinlich bezeichnet. Die Kaiserin bezeichnete die Rede des Prinzen Napoleon als ein Unglück für die Dynastie. Die Minister verlangten, daß die Rede im Moniteur desavouirt werde. Die Kaiserin wagte es nicht, dies zu veranlassen. Einige Regimenter gehen zur Verstärkung der Armee nach Mexiko ab.

New-York, 11. Mai. In den Unionsstaaten werden allenthalben Bureauz zur Emigration nach Mexiko eröffnet.

Markt- und Geschäftsbericht.

Krainburg, 22. Mai. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 65 Wagen mit Getreide.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Megen fl. 4.15; Korn fl. 3.—; Gerste fl. —.—; Hafer fl. 1.90; Halbschrot fl. —.—; Heiden fl. 2.70; Hirse fl. 3.40; Ruckruf fl. 2.70; Erbsen fl. 1.90; Linsen fl. —.—; Erbsen fl. —.—; Bohnen fl. 3.20; Rindschmalz pr. Pfund kr. 46; Schweinschmalz kr. 46; Speck, frisch kr. 33, detto geräuchert kr. 43; Butter kr. 36; Eier pr. Stück kr. 14; Milch pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 18; Kalbfleisch kr. 18; Schweinefleisch kr. 20; Schöpfensfleisch kr. —; Hähnchen pr. Stück kr. 26; Tauben kr. 10; Hen pr. Ztr. fl. 1.50, Stroh kr. 95; Holz hartes, pr. Klafter fl. 5.10, detto weiches, fl. 3.50; Wein, weißer, pr. Eimer fl. 7.

Telegraphische

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.
Den 22. Mai.

5% Metalliques 70.85 | 1860er Antelhe 92.65
5% Nat.-Anleihe 75.90 | Silber . . . 107.—
Bankaktien . 801.— | London . . . 109.30
Kreditaktien . 183.— | R. f. Dufaten 5.18

Fremden-Anzeige

vom 20. und 21. Mai.

Stadt Wien.

Die Herren: Groß, Dr. der Medizin; Rebi, Agent, und Pelack von Wien. — Susewind, Kaufmann, von Wien. — Arcari, Gutsbesitzer, von Graz. — Kercher, k. k. Forst-Beamte, von Jbria. — Ratschich, Insulierter Abt und k. k. Marine-Superior, von Triest. — Bernise, Forstmeister von Schneeberg. — Obreska, Realitätenbesitzer, von Zirknitz. — Globotschnig, Handelsmann, von Gismern.

Fürstinnen von Starhemberg und von Auersperg von Wien.

Elephant.

Die Herren: Per, Kaufmann, von Brünn. — Sonnenberg von Galatzhura. — Faccini, Holzhändler, von Ubine. — Sitzer und Löwy, Kaufleute; Roditel, Kommissionär, und Gold, von Wien. — Grünwald, Kaufmann, von Seckhaus. — Suchra von Baden. — Stern, Weinbändler, von Agram. — Veloglavsky, Handelsmann, von Radkersburg. — Abeles, Fabrikant, von Reichenau.

Frau Schmidt von Wien.

Wilder Mann.

Die Herren: Baron Gall, Gutsbesitzer, und Lechner, Kaufmann, von Graz.

(1005—1)

Nr. 1820.

Kuratorsbestellung.

Vom k. k. Bezirksamt Gottschee, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht, daß Johann Primosch, Auszügler und gewesener Hausfrier von Kotschen Nr. 21 vom k. k. Kreisgerichte Neustadt mit Verordnung vom 7. März 1865, Z. 277, für irrsinnig, und beziehentlich für wahn- oder blödsinnig erklärt wurde, und daß demselben Mathias Sturm von Kotschen als Kurator beigegeben worden ist.

R. k. Bezirksamt Gottschee, als Gericht, am 13. März 1865.

(1006—1)

Nr. 2647.

Exekutive Feilbietung.

Vom dem k. k. Bezirksamt Gottschee, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht: Es sei über das Ansuchen des Mathias Janesch von Globel, durch Herrn Dr. Benedikt von Gottschee, gegen Helena Tomez von Padua wegen, aus dem Vergleich vom 12. August 1862, Z. 4536, schuldiger 90 fl. 96 kr. ö. W. c. s. c. in die exekutive öffentliche Versteigerung der, der Letztern gehörigen, im Grundbuche der Herrschaft Gottschee sub Tom. 24, fol. 3851 vorkommenden Realität im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 500 fl. ö. W. gewilliget, und zur Vornahme derselben die Termine zur exekutiven Feilbietungstagsatzung auf den

6. Juni,

6. Juli und

8. August 1865,

jedesmal Vormittags um 9 Uhr, im Amtssitze mit dem Anbange bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Feilbietung auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbucheextrakt und die Lizitationsbedingungen können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

R. k. Bezirksamt Gottschee, als Gericht, am 11. April 1865.

(990—3)

Nr. 6946.

Dritte exekutive Feilbietung.

Vom k. k. k. d. Bezirksgerichte in Laibach wird im Nachhange zum diesseitigen Edikte vom 31. Jänner l. J., Nr. 1704, kund gemacht, daß am

31. Mai l. J.,

9 Uhr Früh, hiergerichts zur dritten Feilbietung der, dem Mathias Senzel gehörigen Realitäten geschritten werde.

Laibach am 30. April 1865.

(1013—1)

Nr. 1316.

Sistierung exekutive Feilbietung.

Vom k. k. Bezirksamt Jbria, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht, daß die in der Exekutionssache des Franz Eiser von Medwedjeberdu, gegen Anton Trattnik von Godovitsch, pelo. schuldiger 2100 fl. mit hieramtlichem Bescheide vom 15. Jänner 1865, Z. 105, auf den

29. Mai 1865

angeordnete dritte Realfeilbietung bis auf weiteres Anlangen des Exekutionsführers sistirt worden ist.

R. k. Bezirksamt Jbria, als Gericht, am 20. Mai 1865.

(1014—1)

Nr. 1109.

Exekutive Feilbietung.

Vom dem k. k. Bezirksamt Mödling, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht: Es sei über das Ansuchen des Josef Braune sen., durch Dr. Benedikt von Gottschee, gegen Jakob Gollobitz von Strelowitz wegen, aus dem Vergleich vdo. 30. Jänner 1861, Z. 362, schuldiger 420 fl. ö. W. c. s. c. in die exekutive öffentliche Versteigerung der, dem Letztern gehörigen im Grundbuche der Herrschaft Gradaž vorkommenden Realität im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 680 fl. ö. W. gewilliget, und zur Vornahme derselben die exekutiven Feilbietungstagsatzungen auf den

29. Mai,

30. Juni und

31. Juli 1865,

jedesmal Vormittags um 9 Uhr, in dieser Gerichtskanzlei mit dem Anbange bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Feilbietung auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbucheextrakt und die Lizitationsbedingungen können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

R. k. Bezirksamt Mödling, als Gericht, am 6. März 1865.

(897—2)

Wichtiges Hausmittel,

daß in jeder Familie mit kleinen Kindern, besonders auf dem Lande, wo Arzt und Apotheke entfernt, wegen der gefährlichen Halsbräune und des Keuchstusens vorrätig gehalten werden sollte.

Weisser Brust-Syrup,

in seiner hinlänglich bekannten vortrefflichen Eigenschaft gegen veralteten Husten, langjährige Heiserkeit, Verschleimung, Keuchstusens, Halsbräune, Katarrhe und Entzündungen des Kehlkopfes und der Luftröhre, acuten und chronischen Brust- und Lungen-Katarrh, Bluthusten, Asthma etc.

= nur =

von G. A. W. Mayer in Breslau,

dem Erfinder und alleinigen Fabrikanten desselben, erzeugt, ist echt zu haben in Originalflaschen zu 1 fl. 25 kr. und 2 fl. 50 kr. in Laibach bei C. J. GRILL.

Bei auswärtigen Bestellungen ist eine Emballage-Gebühr von 10 kr. für jede einzelne Flasche zu entrichten.

Zeugnisse.

Herrn Friedrich Rehm in Auebach, Leinburg, Post Lauf in Mittelfranken, 10. Juni 1864.

Vielen Leidenden, selbst mir, hat der Mayer'sche weisse Brust-Syrup aus Ihrem Verlage große Linderung, selbst gänzliche Heilung, besonders bei Husten, Hals- und Brustbeschwerden gewährt. Daß es so ist, werden Sie entnehmen aus den vielen Bestellungen, die ich bei Ihnen machte. Der Syrup genießt hier und in der Umgegend allgemeines Aufsehen und Vertrauen. Wollen Sie unter meiner Unterschrift ähnlich Leidenden auf den Mayer'schen weissen Brust-Syrup aufmerksam machen, so bin ich in jeder Hinsicht ganz damit einverstanden; das Mittel lobt sich beim ersten Genuß von selbst. Mit aller Hochachtung

Euer Wohlgeborner ergebenster

Lechner, Lehrer und Kantor.

R. N. Haben Sie die Güte, mir abermals 2 halbe Flaschen zu schicken.

Endsgefertigter bezeuge hiermit, daß ich den Breslauer weissen Brust-Syrup des Herrn G. A. W. Mayer aus der Apotheke des Herrn Anton Paszberger zum St. Salvator in Raab gegen hartnäckigen Katarrh, anhaltenden Husten und Lungenverschleimung mit vorzüglichem Erfolge angewendet habe, und nach Gebrauch einiger Flaschen meine Gesundheit vollkommen hergestellt wurde, daher ich denselben Jedermann, der mit dergleichen Uebeln behaftet ist, mit der besten Zuversicht empfehlen kann.

Raab, den 25. Juni 1864.

Sigmund v. Deaky,

Bischof zu Casaropel und Großprobst des Raaber Dom-Capitels.

Nachdem ich mich, so wie meine Frau längere Zeit von einem Husten gequält sah, brauchte ich einige Flaschen des Mayer'schen weissen Brust-Syrups von Herrn Großprobst in Neustadt a. d. Aisch; ich so wie meine Frau erhielten dadurch nicht nur Erleichterung des Hustens, sondern auch völliges Verschwinden desselben; empfehle daher denselben allen Hilfesuchenden aus voller Ueberzeugung.

Neustadt a. d. Aisch (Baiern) den

8. Juli 1864.

Adam Deichelein,

Töpfermeister.

(989—3)

Nr. 6938.

Dritte exekutive Feilbietung.

Vom k. k. k. d. Bezirksamte Bezirksamte Laibach, wird im Nachhange zum diesseitigen Edikte vdo. 24. Jänner l. J., Nr. 1193, kund gemacht: Es werde bei dem Umstände, als zu der mit dem Bescheide vom 29. März d. J., Z. 5220, angeordneten zweiten Feilbietung in der Exekutionssache des Michael Senze gegen Franz Stod pelo. 99 fl. 26 kr. kein Kauflustiger erschienen ist, zu der dritten

29. Mai l. J.

angeordneten Realfeilbietung geschritten werden.

Laibach am 30. April 1865.

(962—3)

Nr. 1611.

Zweite exekutive Feilbietung.

Im Nachhange zum diesseitigen Edikte vom 9. Februar d. J., Z. 464, wird bekannt gegeben, daß, nachdem zur ersten exekutiven Feilbietung der, dem Josef Marn von Gaberjelle gehörigen Realitäten Urb. Nr. 352 und 666 ad Herrschaft Rastensfuß kein Kauflustiger erschienen ist, am

7. Juni d. J.,

Vormittags 9 Uhr, zur zweiten Feilbietung hieramtlich geschritten wird.

R. k. Bezirksamt Rastensfuß, als Gericht, am 6. Mai 1865.

(1016)

An die

verehrlichen Mitglieder der philharm. Gesellschaft.

Der Männerchor unternimmt Sonntag den 28. d. Mts. eine Sängerfahrt nach Littai, St. Martin und Wagensberg, und ladet die P. T. Mitglieder ein, daran Theil zu nehmen.

Abgefahren wird um 6 Uhr Früh vom Bahnhofe, die Rückkehr erfolgt um 8 1/2 Uhr Abends.

Gemeinschaftliches Mittagmahl um 2 Uhr Mittags; wer am Letztern Theil nehmen will, wird ersucht, dieß bis Freitag Vormittags 11 Uhr in der Buchhandlung der Jg. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg zu erklären.

Gasthaus-Anempfehlung!

Die Gefertigte beehrt sich dem P. T. Publikum die ergebene Anzeige zu machen, daß sie das Gasthaus des Herrn Schwofel vis-à-vis dem Coliseum übernommen, den dabei befindlichen Garten freundlich hergerichtet, und für vorzügliche Weine, sowie gute Küche und aufmerksame Bedienung bestens gesorgt hat, um sich des zahlreichen Zuspruches, der ihr in Josefsthal zu Theil wurde, auch hier zu erfreuen.

Achtungsvoll

(1015—1)

Theresia Unger.